

## **Rede zum LEG-Verkauf** (Plenarsitzung vom 20.02.2008)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Debatte – das ist klar – wird auch heute in der Sache nichts bewegen. Deswegen ist es eine Scheindebatte. Denn die Neoliberalen betreiben den Ausverkauf des Landes zulasten der Mieterinnen und Mieter der LEG-Wohnungen. Das ist die Realität. Der neoliberale Marktschreier, den wir gerade erlebt haben, hat es – wie er sich ausgedrückt hat – glasklar so gesagt. Die LEG wird verkauft werden. Daran scheint kein Weg vorbeizugehen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lindner?

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Bitte, gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner** (FDP): Herr Kollege Sagel, ist es zutreffend, dass Ihre Mitgenossen in Dresden dem Verkauf städtischen Wohneigentums und anderer städtischer Einrichtungen im Stadtrat der Stadt Dresden ausdrücklich zugestimmt haben, und würden Sie deshalb meine Auffassung teilen, dass die Linkspartei in Dresden offenbar ebenfalls neoliberal unterwandert ist?

*(Beifall und Heiterkeit von FDP und CDU)*

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Herr Kollege, das mag durchaus so sein. Ich kann es Ihnen in der Sache noch nicht einmal konkret sagen. Das interessiert mich, ehrlich gesagt, auch überhaupt nicht, denn ich mache Politik in Nordrhein-Westfalen.

Von daher habe ich eine glasklare Position, so glasklar, wie Sie das gerade ausgedrückt haben: Ich bin gegen den Verkauf der LEG-Wohnungen – vor allem auch deswegen, weil diese Sozialcharta in keinsten Weise den Schutz der Mieter sichert und das vertraglich auch in keinsten Weise abgesichert werden kann. In einer Großanzeige haben wir lesen können, dass die Landesregierung jetzt mehrere Unternehmer, Investoren sucht, die das zu einem möglichst hohen Preis gewährleisten sollen. Es ist klar: Je höher der Preis, desto weniger werden die sozialen Standards gesichert werden. Das ist ein wichtiger Aspekt, denn von den rund 93.000 Wohnungen unterliegen immerhin mehr als 70 % Mietpreis- und Belegungsbindungen.

Ich teile deswegen ganz klar die Position des Aktionsbündnisses „Zukunft der LEG“, zu dem sich verschiedenste Organisationen zusammengeschlossen haben, das den Abbruch des Verkaufsverfahrens fordert. Es ist klar, dass der Verkaufserlös in der Höhe letztlich ungewiss ist und vor allem zu unsozialen Situationen führen wird. Besonders problematisch ist: Da wir im Moment eine Immobilienkrise haben, wird der Ausverkauf öffentlicher Wohnungsbestände vermutlich zu Billigpreisen über die Bühne gehen.

Ein bisschen problematisch finde ich den Antrag, weil einige grüne Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel in Münster in der letzten Zeit gefordert haben, den Ausverkauf der LEG zu verschieben. Es hat mich sehr gewundert, was ich dazu in den Medien lesen musste. Der Antrag jetzt sagt etwas anderes. Ich werde ihn zwar unterstützen, aber es sollte klargestellt werden, dass es hier nicht um eine Verschiebung, sondern um eine grundsätzliche Verhinderung geht.

Die Fraktion der Grünen fordert darüber hinaus die Landesregierung auf, zu prüfen, in welchem Umfang Teilverkäufe der LEG-Wohnungsbestände in den jeweiligen kommunalen Grenzen der Gebietskörperschaften an kommunale Wohnungsgesellschaften Nachfrage finden könnten. Ein Engagement der Kommunen ist zwar, wenn es tatsächlich zu einem Verkauf kommen sollte, sicherlich begrüßenswert, aber offensichtlich ist da schon die Schere im Kopf, dass man davon ausgeht, dass es tatsächlich so stattfinden wird.

Für Mieter und Beschäftigte muss aus meiner Sicht die bestmögliche Lösung gesucht werden. Das ist mit Sicherheit nicht der Verkauf der LEG. Von daher kann ich nur sagen: Wir müssen alles tun und auch weiterhin versuchen, die neoliberale Landesregierung von dieser Position abzubringen. Ich sehe aber, ehrlich gesagt, nicht, dass das passieren wird. Von daher ist dies eine Scheindebatte, die in der Sache nichts bringt.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Linssen das Wort.